



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41c-18_57

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41c-18_57

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014

CSSR:

GERECHTER ZORN

21. August 1968

Erste Reaktionen in der Schweiz: die Neue Linke demonstriert in Zürich. Die bürgerlichen Parteien rufen in vielen Städten des Landes zu Protestdemonstrationen auf.

Im Nationalrat verurteilt eine Interpellation (Aebischer) die Intervention. Das Parlament ist sich in der Verurteilung einig. Bundesrat Spühler: "lassen sie mich vor allem meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, dass die heutige aussenpolitische Aussprache zu einer Kundgebung der Einmütigkeit des Nationalrates geworden ist, einer Einmütigkeit in der Verurteilung des Ueberfalles der Tchechoslowakei durch die Sowjetunion und ihre Alliierten."



spätere Entwicklung in der CSSR:

die Pressefreiheit und die Demonstrationenfreiheit wird allmählich abgebaut, die Liberalisierung der Wirtschaftsstrukturen wird verlangsamt und schliesslich abgestoppt. Später werden mehrere Reformpolitiker abgesetzt.

Flüchtlingspolitik der Schweiz:

den tchechoslowakischen Ausreisenden werden generelle Erleichterungen gewährt. Z.B. hat ein mit Touristenvisum in die Schweiz eingereister Tchechoslowake das Recht zu arbeiten und bis zu dem Zeitpunkt seinen Aufenthalt zu verlängern, wo er sich entscheidet heim zu reisen oder um Asyl nachzusuchen. Auch jenen die im Besitz eines gültigen Passes sind, wird das Asyl nicht verweigert. (Wir halten all das für selbstverständlich)

Ein Jahr nachher:

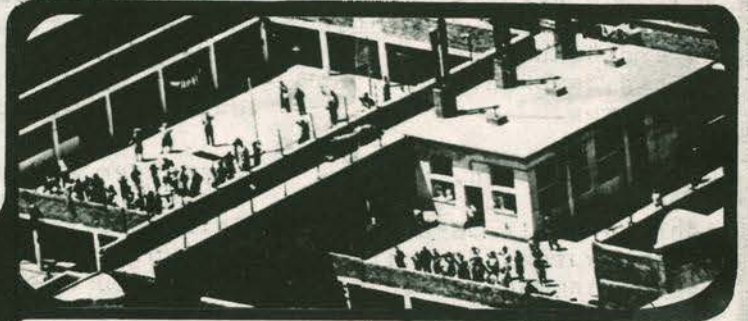
Schweigeminate als Protestdemonstration.

GRIECHENLAND:

MEIN NAME SEI HASE

21. April 1967

Erste Reaktionen in der Schweiz: während die Presse ausführlich über die Ereignisse berichtet, üben die Behörden und Parteien völliges Stillschweigen. Der schweizerische Botschafter in Griechenland (Cuttat) ist der Militärregierung wohlgesinnt, denn: "es stehen grosse schweizerische Investitionen auf dem Spiel."



spätere Entwicklung in Griechenland:

Pressefreiheit und die meisten übrigen persönlichen Freiheiten werden sofort aufgehoben. Es werden laufend Verhaftungen vorgenommen. Viele Folterberichte dringen trotz versuchter Geheimhaltung ins Ausland.. In grossen KZ werden Tausende gefangen gehalten.

Verhalten der offiziellen Schweiz: im Europarat tritt die Schweiz für Aufschubung und Abschwächung der vorgesehenen Resolutionen und Massnahmen ein: Nationalrat Reverdin fordert den Rat zu Geduld, Mässigung und Verständnis gegenüber Griechenland auf.

Die schweizerischen Investitionen in Griechenland haben nach dem Putsch um 33% zugenommen. Die Banken gewähren grosszügige Darlehen.

Flüchtlingspolitik der Schweiz:

Die schweizerische Flüchtlingspolitik ist restriktiv. Jeder Fall wird einzeln als Gesuch behandelt. Jene Griechen die in Besitz eines gültigen Passes sind, erhalten im allgemeinen kein Asyl.

zwei Jahre danach:

eine Demonstration der Neuen Linken in Bern vereitelt ein Gala-Diner der griechischen Botschaft für schweizerische Prominenz aus der Grosswirtschaft, zum zwei-jährigen Jubiläum der Machtergreifung. Zwei der Demonstrationsteilnehmer sind kürzlich zu 50 bzw. 40 Tagen bedingter Haft verurteilt worden, mehrere stehen unter Anklage des Landfriedensbruchs vor Gericht.

33541c-1857

335 4/2

Am 21. August



erinnern sich die Schweizer Bürger an die Besetzung der CSSR durch die neuen russischen Zaren. Sie erklären sich in Schweigeminuten und Kundgebungen solidarisch mit dem tschechoslowakischen Volk und verurteilen die Okkupation und damit die Unterdrückung eines möglichen demokratischen Sozialismus.

Die Sowjetunion, die zuließ, dass Nordvietnam jahrelang mit US-Bomben belegt wurde, die mit England zusammen Waffen für den Völkermord in Biafra liefert, die gemeinsam mit den USA den Ausbeuterdikaturen in Lateinamerika Kredite gewährt und die revolutionären Guerrillas im Stich lässt, die als eines der ersten Länder das fascistische Regime der Generale in Griechenland anerkannt hat, ...



diese Sowjetunion darf sich nicht als Verteidiger des Sozialismus in der Welt, nicht als Befreier der unterdrückten Völker aufspielen. Das bürokratische Regime der UdSSR arrangiert sich mit den USA, um andere Länder umso besser beherrschen zu können.

Nie kann ein Volk,
das andere unterdrückt,
frei sein.
W.I. Lenin

So kommt es denn, dass seit dem 21. August 1968 mancher Schweizer Bankier, Industriekapitän, Kirchenvater oder Offizier seinen Mercedes mit dem Fähnlein eines sozialistischen Landes schmückt. Verleger und Redaktoren beklagen mit Krokodilstränen das Ende des "Prager Frühlings".

Unter dem Namen "Schweizerische Aktion für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker" rufen 25 Mitbürger zu einer Gedenkmminute auf. (Der Präsident dieser Gruppe ist nicht nur Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes, sondern arbeitet auch mit der "Aktion für freie Demokratie" zusammen der es vor allem darum geht, selber Informationen zu beschaffen: "Das was der Bundespolizei verwehrt ist; wir wollen ja keine politische Staatspolizei."

Man will uns von den Tatsachen ablenken:

- dass Schweizer Banken den fascistischen Generalen in Griechenland Millionenkredite gewähren,
- dass Schweizer in Südafrika und Rhodesien investieren und damit die Rassen Diskriminierung fördern
- dass Schweizer Waffen für den Völkermord in Biafra liefern,

Helfen wir dem tschechoslowakischen Volk, helfen wir allen unterdrückten Völkern der Erde!

Helfen wir ihnen, indem wir bei uns selbst die Unterdrückung aufheben. Bestimmen wir dort mit, wo die Entscheidungen tatsächlich getroffen werden: am Arbeitsplatz.

Franz Josef Degenhardt
Zu Prag

Seit Tagen rufen sie bei mir an, die Beobachter von Mißständen aus Funk- und Zeitungs- und anderen Häusern. Degenhardt, sagen sie, oder vertraulich Väterchen, Nun, was sagen Sie jetzt zu Prag? Ach, die widern mich an. Endlich, endlich dürfen sie die in Jahren hinuntergewürgte Kritik hinauskotzen, diesmal darf man vom Leder ziehen zu Prag. Beifällig nicken Verleger und Intendanten. Und wir, Freunde, es scheint, wir haben gut gearbeitet. Denn, hört euch diese Typen an, die Vorsitzenden der Aufsichtsräte, die Vorstände und Herren der Konzerne und deren Sachwalter auf Regierungs- und anderen -bänken. Sie sind empört, weil der Aufbau des Sozialismus gehemmt worden ist zu Prag. Sie trauern und sprechen von Scham, die Stalingradkämpfer, die Makler und Generale und deren Sachwalter in Zeitungs- und anderen Häusern. Sie trauern, weil der Sprung, voller Wagnis, auf eine andere Stufe des Sozialismus nicht stattfinden durfte zu Prag. Nein, wir hören genau hin. Die sagen «das goldene Prag». Und wenn die Gold sagen, meinen die Gold, die Herren, die den Vorfall in der Schweinebucht peinlich, den Vorfall in Santa Domingo gelungen, den Vorfall in Griechenland überhaupt nicht benennen. Nein, mit diesen Herren (und mit den Herren ohne Eier, versteht sich) teilen wir nicht unsere Wut über den Sieg der Panzer zu Prag.

